



Newsletter - Ausgabe: Blaue Mail 04/2015 - DPoIG-Bayern.de - vom: 20.02.2015

Die blaue Mail der DPoIG Bayern 04/2015

Inhalt

- 01. Einkommensrunde 2015: Ergebnisloser Auftakt der Verhandlungen in Berlin**
- 02. DPoIG fordert spürbare Einkommensverbesserungen für Polizeibeschäftigte bei Tarifverhandlungen**
- 03. Einkommensrunde 2015: Warnstreiks und Demonstrationen in Nürnberg**
- 04. Dringender Gesprächsbedarf bei Arbeitszeit**
- 05. Auswahl zur Zulassung 3. QE: Innenministerium entscheidet und schafft Fakten!**

01. Einkommensrunde 2015 – Ergebnisloser Auftakt der Verhandlungen in Berlin

Am 16. Februar 2015 haben in Berlin die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) begonnen. Zu Beginn der Verhandlungen machte Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Zweiter Vorsitzender des dbb, die Forderung der Beschäftigten nach einer angemessenen Erhöhung der Entgelte gegenüber den Arbeitgebervertretern deutlich.

Der Arbeitgeberseite wurde das Forderungspaket des dbb vorgestellt. Der dbb fordert unter anderem 5,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 175 Euro, die Erhöhung der Azubi-Entgelte um 100 Euro, eine dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden, eine Entgeltordnung für Lehrkräfte, den Wegfall sachgrundloser Befristungen und Verbesserungen bei der Übergangsvorsorgung im Justizvollzugsdienst

Die TdL legte kein lineares Angebot vor und vertrat die Ansicht, dass es keine spürbaren Einkommenserhöhungen geben müsse, wenn die Inflation, wie es aktuell der Fall ist, niedrig sei.

Die Arbeitgeberseite sieht dringenden Gesprächsbedarf in Sachen Zusatzversorgung. Nach Ansicht des dbb passt dieses Thema nicht in eine Einkommensrunde. Zum einen ist es zu komplex, um es innerhalb weniger Wochen zu diskutieren. Zum anderen ist zu bedenken, dass an einer möglichen Lösung auch Bund und Kommunen zu beteiligen wären. Diese sitzen jedoch derzeit nicht am Verhandlungstisch.

Informationen zum weiteren Verlauf finden Sie auf den Sonderseiten des dbb zur Einkommensrunde unter www.dbb.de.

Die Verhandlungen werden am 26. Februar 2015 in Potsdam fortgesetzt.

02. DPoIG fordert spürbare Einkommensverbesserungen für Polizeibeschäftigte bei Tarifverhandlungen

Die erste Runde der Tarifverhandlungen über Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Länder ist in Berlin ohne Ergebnis zu Ende gegangen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hält nach der ohne Ergebnis zu Ende gegangenen ersten Verhandlungsrunde an der Tarifforderung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder fest: 5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175 Euro mehr. Auszubildende sollen eine Entgelterhöhung von 100 Euro monatlich erhalten und dauerhaft übernommen werden. Das Tarifergebnis soll zudem zeit- und inhaltsgleich auf die 2,2 Millionen Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen werden.

DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt: "Angesichts der zunehmenden Aufgabenfülle und ständig steigenden Stressbelastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten wir spürbare Einkommensverbesserungen für Polizeibeschäftigte."

Beim Thema Lineareinkommen sei man noch deutlich auseinander, so der dbb Verhandlungsführer Willi Russ. Der ständig wiederholte Verweis der Arbeitgeber auf die niedrige Inflationsrate als Gegenargument gegen eine substantielle Erhöhung ziehe nicht. Russ: „Nachwuchsgewinnung und Wertschätzung sind mehr als der Inflationsausgleich. Die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst leisten hervorragende Arbeit. Wenn das auch in Zukunft so bleiben soll, brauchen wir reale Einkommenszuwächse. Das ist gut für die Motivation der Beschäftigten und für die Attraktivität des Arbeitsplatzes öffentlicher Dienst.“

Für die DPoIG unterstrich der stellvertretende Bundesvorsitzende Werner Kasel, der an der ersten Runde auf Seiten des dbb beteiligt war, den Anspruch der Beschäftigten im Polizeidienst auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung. "Wenn in den Ländern die Steuern sprudeln, dann dürfen auch die Polizeibeschäftigten erwarten, dass sich ihre Situation nachhaltig verbessert und die Stunde zum Abbau von Einkommensrückständen genutzt wird."

Jetzt gehe es darum, in der für den 26./27. Februar 2015 in Potsdam geplanten zweiten Verhandlungsrunde voran zu kommen. „Ich bin da jetzt optimistischer als vor Verhandlungsbeginn“, so Willi Russ, „aber was immer am Ende als Kompromiss steht, der Tarifabschluss muss zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Länder übertragen werden. Erst dann ist diese Einkommensrunde beendet.“

DPoIG -Vize Werner Kasel ergänzte das mit dem Hinweis, dass durch lobende Worte und wohlklingende Erklärungen niemand satt wird. "Entscheidend ist, dass gerade auch für die Beamtinnen und Beamten der Länderpolizeien die vielfach betriebene Politik des einseitigen Sparens ein Ende haben muss."

03. Einkommensrunde 2015: Warnstreiks und Demonstration in Nürnberg

Die erste Runde der Tarifverhandlungen über Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Länder am 16. Februar 2015 in Berlin ist ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Um ihre Forderungen vor der nächsten Runde zu untermauern, sind Landesbedienstete in Bayern am 19. Februar 2015 in Nürnberg auf die Straße gegangen. Mehr als 1.100 Teilnehmer, unter anderen Polizistinnen und Polizisten, Kolleginnen und Kollegen aus dem Straßenverkehrsdienst und aus der Finanzverwaltung, machten auf Transparenten und in Sprechchören deutlich, dass sie im Ergebnis der Verhandlungen „Gutes Geld für gute Arbeit“ erwarten. Sie zogen vom Nelson-Mandela-Platz durch den Celtistunnel zur Königstraße und versammelten sich vor der Lorenzkirche zu einer Kundgebung.

„Wie die Straßenwärterinnen und Straßenwärter für sichere Straßen und Autobahnen, so sorgen alle Kolleginnen und Kollegen in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes dafür, dass Deutschlands Infrastruktur rund um die Uhr funktioniert“, sagte Siegfried Damm, stellvertretender Vorsitzender der Bundestarifkommission des dbb und Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Straßenwärter, der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, vor den Demonstranten. „Das wissen natürlich auch die Arbeitgeber, die

jetzt mit uns über die Einkommen der Länderbeschäftigten verhandeln. Deshalb muss auch ihnen klar sein: Wir lassen uns nicht mit Peanuts abpeisen. Sprudelnde Steuereinnahmen dürfen nicht in Haushaltslöchern und Nebenhaushalten verschwinden, sie müssen auch in das Personal investiert werden.“

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende Landesvorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft bfg (Landesverband Bayern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft im dbb), verwies auf die großen Leistungen der Finanzverwaltung. „Frauen stellen dort übrigens mit 54,9 Prozent die Mehrheit. Sie schaffen gemeinsam mit ihren Kollegen die Grundlage dafür, dass die von den Bürgerinnen und Bürgern so wertgeschätzte Infrastruktur Deutschlands finanziert werden kann. Dafür steht ihnen eine gerechte Bezahlung zu. Die Länder müssen in dieser Tarifrunde unbedingt in ihren größten Trumpf, das Personal investieren, da sie sonst den Kampf um die besten Köpfe mit der Wirtschaft verlieren werden.“

bfg-Landesjugendleiter Florian Köbler forderte eine bessere Bezahlung für die Auszubildenden im öffentlichen Dienst, um wettbewerbsfähig im Kampf um die besten Nachwuchskräfte zu sein. „Wir fordern 100 Euro mehr für unsere Auszubildenden! Der öffentliche Dienst muss attraktiv bleiben!“ Er lobte die Ankündigung von Finanzminister Söder, den Tarifabschluss zeit- und inhaltsgleich zu übertragen. „Hier können sich andere Bundesländer etwas abschauen“, sagte der bfg-Landesjugendleiter.

04. Dringender Gesprächsbedarf bei Arbeitszeit

In Absprache mit den anderen Berufs- und Interessensvertretungen haben wir dringenden Gesprächsbedarf bezüglich der Arbeitszeit bei Innenminister Herrmann angemeldet.

Wir haben als DPoIG bereits im Herbst 2014 zu den vom Innenministerium vorgegebenen Eckpunkten Stellung bezogen.

Bis heute erhielten wir dazu keine offizielle Rückmeldung vom Ministerium.

05. Auswahl zur Zulassung 3. QE: Innenministerium entscheidet und schafft Fakten!

Das Innenministerium hat die Verbände über die Auswahl der Zulassung zur Ausbildungsqualifizierung 3. QE informiert. Danach sollen zum TAUVE-Test zugelassen werden:

A8 Alle mit 15 Punkten - alle mit 14 (72) sowie mit 14 (71) und einem Platzzifferquotienten von max. 0,227

A 9 Alle mit 15 Punkten - alle mit 14 (71) sowie mit 14 (70) und einen Platzzifferquotienten von max. 0,282

Das IM hat sich erneut über das Votum des HPR hinweggesetzt und damit Fakten geschaffen, ohne dass diesbezüglich ein vom HPR gefordertes Gespräch mit dem Innenminister geführt werden konnte.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit, zu der das IM gesetzlich verpflichtet ist, sieht anders aus.

Ende Blaue Mail Nr. 04
Nachdruck honorarfrei nur unter Quellenangabe

 [als PDF-Datei herunterladen](#)

Rechtliches

Dieser Newsletter ist eine Veröffentlichung von:

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) im dbb
Landesverband Bayern e.V.

Erzgießereistr. 20 b
D-80335 München

Fon: 089 / 52 60 04
Fax: 089 / 52 97 25
Internet: www.dpolg-bayern.de
Email: info@dpolg-bayern.de

Inhaltlich Verantwortlicher: Matthias Godulla

Sollten Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten wollen können Sie jederzeit Ihr [Newsletter-Abo abbestellen](#).